

Neue Zürcher Zeitung

EVAL-Datenbank:

PERSOAc - TBO7
POLI350 - TB7A

KOMMENTAR

Ermittlungen gegen Sebastian Kurz: Der Politikstil der Effekthascherei hat ein Ablaufdatum

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt gegen Kurz wegen des Verdachts der Falschaussage. Der ehemalige Hoffnungsträger gerät immer stärker unter Druck. Das hat auch mit seiner Art des Politisierens zu tun.

Daniel Imwinkelried, Wien

66 Kommentare →

12.05.2021, 13.38 Uhr



Österreichs Bundeskanzler versprach eine neue Politik, doch es kommen immer mehr Ungereimtheiten ans Tageslicht.

Georges Schneider / Imago

Manchmal greift Sebastian Kurz (ÖVP) zu billigen Taschenspielertricks, um seine Leistung zu glorifizieren. Bei der Pandemiebekämpfung beispielsweise hat Österreichs Regierungschef flugs eine neue Kennzahl erfunden: Mittlerweile hätten 50 Prozent der Impfwilligen eine Erstimpfung erhalten, hiess es vor einer Woche aus dem Bundeskanzleramt. Man vergrössere also bei einer Rechnung den Zähler (Erstimpfungen) und verkleinere den Nenner (Impfwillige) – schon sieht die Impfstatistik eindrücklich aus. Dabei kommt Österreich mit der Immunisierung der Bevölkerung kaum rascher voran als die Schweiz.

Auf kurzfristige Effekte angelegt

Kurz' Art des Regierens zielt ganz auf kurzfristige Effekte. Skrupel besitzt er keine, wenn es darum geht, sich als Macher zu präsentieren und von Schwierigkeiten abzulenken. Im Frühjahr beispielsweise nahm er dafür sogar einen Streit mit befreundeten Ländern der EU in Kauf. Als sich abzeichnete, dass die Impfung in Österreich nicht so rasch vorankommt wie angekündigt, behauptete er, in der EU gebe es einen «Impfbasar», auf dem sein Land und andere Staaten benachteiligt seien.


Schlimmer noch: Kurz hatte auch keine Hemmungen, sich auf die Ränkespiele von Russlands Präsident Wladimir Putin einzulassen. Dieser verwendet den heimischen Impfstoff Sputnik V geschickt, um einen Keil in die EU zu treiben. Kurz kümmerte das wenig, als er im April tagelang mit Russland über eine Impfstofflieferung für Österreich verhandelte: Auch das war vor allem Show, um von innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken.

Schon damals war nämlich zweierlei klar: Erstens wird es sich Österreich kaum erlauben können, mit Sputnik V zu impfen, solange dieser Impfstoff von der Europäischen Arzneimittelagentur nicht zugelassen ist. Zweitens besitzen auch die Russen nicht genügend Produktionsstätten, um Europa nennenswert mit dem begehrten Stoff zu versorgen. Kurz' Versuch, in Russland Vakzine zu beschaffen, wird deshalb eine Episode bleiben – wie so manches, was die eingeschworene Entourage des Kanzlers ausheckt, um ihn vorteilhaft zu

präsentieren.

Wirtschaftsvertreter begehren auf

Zumindest Teile des Publikums durchschauen diese Masche aber mittlerweile.
Vor allem in der Wirtschaft, die eine der Säulen der ÖVP darstellt, regt sich seit
neuestem Kritik. Ende vergangener Woche sprach der steirische Industrielle
Jochen Pildner-Steinburg in der Zeitung «Der Standard» von einem «Verfall der
politischen Sitten» in Österreich. Er lehne die Art, wie in der ÖVP Politik
gemacht werde, zutiefst ab.



Dabei waren Kurz und seine Getreuen, unter ihnen der Finanzminister Gernot Blümel, mit dem Anspruch angetreten, eine neue Art der Politik zu betreiben.
Aber offenbar sollte man sich von solchen Ankündigungen nie täuschen lassen.

Auch Kurz ist ganz von der österreichischen Politiktradition geprägt, und
eigentlich hat er nur die alten Netzwerke durch ein neues ersetzt. Früher ist
Österreich in Teilorganisationen strukturiert gewesen, etwa in
Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften oder Landesorganisationen. Diese alten,
formalen Netzwerke hat Kurz durch ein Geflecht ausgetauscht, das auf
persönlichen Beziehungen beruht. Er hat Mitstreiter um sich geschart, die er
teilweise seit Jahren kennt, etwa aus der Jungpartei der ÖVP Wien.



Einige dieser Getreuen haben jüngst einen eher zwielichtigen Eindruck gemacht.
Die Arbeitsministerin Christine Aschbacher etwa musste zurücktreten, weil ihre
Diplomarbeit Textplagiate enthielt. Auch das alte Übel des Postenschachers
besteht offenbar weiter, was nun die Wirtschafts- und
Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) auf den Plan gerufen hat: So illustrieren
Chats, wie es dem Chef der staatlichen Beteiligungsgesellschaft Öbag, Thomas
Schmid, gelungen war, sich diesen gut dotierten Job gleichsam zuzuschneiden.

Die Rückendeckung von Kurz' Netzwerk besass er, denn Blümel beschied ihm in

einem flapsig formulierten Chat: «Du bist Familie.» Nun stellt sich die Frage: Drängte Kurz darauf, Schmid an der Spitze der Öbag zu installieren und machte er dazu falsche Aussagen vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss? Dieser Frage geht jetzt die WKStA nach.

Blümel selbst geriet wegen des Verdachts, Parteispenden angenommen zu haben, ins Visier der WKStA. An der Geschichte ist wahrscheinlich nicht viel dran, trotzdem reagierte Kurz wenig souverän. In der Hausdurchsuchung, welche die WKStA bei Blümel durchführte, sah er einen Angriff der Justiz auf seine Regierung und die ÖVP. Diese Retourkutsche kam bei Juristen sehr schlecht an.

Polarisiertes Politiksystem erschwert die Arbeit

Nach vierzehn Monaten Pandemie und den Ermittlungen der WKStA ist Kurz angeschlagen, einen Rücktritt hat er heute jedoch ausgeschlossen. Ihm stehen aber ohnehin schwere Monate bevor. Die Pandemie hat Österreichs Wirtschaft härter getroffen als jene der Schweiz. Vor allem aber leidet sie unter Problemen, die nichts mit der Pandemie zu tun haben. Die Sockelarbeitslosigkeit etwa ist verhältnismässig hoch, und der bedeutende Automobilsektor steht vor einem grundlegenden Wandel.

Gleichzeitig ist Österreichs Politiksystem äusserst polarisiert. Die Parlamentarier nehmen jede Ungereimtheit begierig auf. Die neueste Untersuchung wird Kurz bei seiner Arbeit lähmen. Mit seiner bisherigen Politik der Inszenierung wird er definitiv nicht mehr weiterkommen.

Ob Kurz' und sein Umfeld sich neu ausrichten können, ist ungewiss – die vergangenen Monate stimmen skeptisch.

66 Kommentare

Lisa Althaus vor 11 Tagen

